

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 10.06.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	anw. bis 16.45 Uhr, da andere Sitzung
Herr Ulrich Richter	SPD	anw. ab 16.40 Uhr
Frau Sabine Wolff	HAL	anw. bis 16.45 Uhr; da and. Sitzung
Frau Hannelore Blumenthal	UBF	
Frau Dorothee Fischer	Freie Träger	
Herr Walter Große-Wöhrmann	Freie Träger	i.V. Frau Antje Klotsch
Frau Helga Schubert	Freie Träger	
Herr Winfried Weber	Freie Träger	
Herr Steffen Wieders	Freie Träger	i.V. Herr Detlev Paul
Frau Stefanie Albrecht	beratend	
Frau Deckwerth	beratend	
Frau Thea Ilse	beratend	
Herr Ladewig	beratend	
Herr Lothar Rochau	beratend	
Frau Michaela Rychlá	beratend	anw. ab 16.30 Uhr
Herr Sarunski	beratend	
Frau Susanne Schmotz	beratend	
Frau Dagmar Szabados		
Frau Heike von Nievenheim	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Klaus Hinze	CDU
Herr Jochen Heyroth	Freie Träger
Herr Jomrich	beratend
Frau Renate Leonhardt	beratend
Herr Uwe Weiske	Verw

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 13. Mai 2004
- 4. Informationen zur "Kinderstadt"
Berichterstattung: Frau Eckloff - Thalia Theater
- 5. Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen
für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle-Saalkreis und des Landgerichts Halle für die Amtsperiode 01.01.2005 bis 31.12.2008
Vorlage: III/2004/04186
- 6. Übertragung der Jugendfreizeiteinrichtung "Wasserturm" an den Caritas-Verband für die Stadt und das Dekanat Halle e.V.
Vorlage: III/2004/04187
- 7. Förderung der freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2004
Aufstockung des Projektbudgets
Vorlagen-Nr.: III/2004/04211
Dieser TOP wurde von der Tagesordnung genommen!
- 8. Informationen zu Public Privat Partnership
Mündliche Berichterstattung
- 9. Informationsvorlage zum "Projekt Lernvilla"
Vorlage: III/2004/04206
- 10. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 11. Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Mitteilungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Wortprotokoll:

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren fand die Sprechstunde nicht statt und es wurde mit der Sitzung begonnen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt eröffnete die letzte Sitzung dieser Legislaturperiode und begrüßte alle Anwesenden. Sie stellte fest, dass die Einladung fristgerecht den Mitgliedern zugestellt wurde und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Verwaltung den TOP 7 , Beschlussvorlage Nr. III/2004/04211, im Öffentlichen Teil zurückzieht.

Frau Szabados vermerkt, dass es zu der Vorlage noch Klärungsbedarfe innerhalb der Verwaltung gibt. Der Vorschlag der Verwaltung hierzu wurde in der letzten Sitzung durch den Ausschuss abgelehnt. Es gibt unterschiedliche Rechtsauffassungen dazu und die entsprechende Prüfung durch den Fachbereich Recht zieht sich hin. Deshalb zieht die Verwaltung diese Vorlage zurück.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zwei Stadträte darum gebeten haben, die TOP 5 und 6, die zur Beschlussfassung anstehen, vorzuziehen, da sie nach 1 Stunde noch zu einer anderen Sitzung müssen.

Da es keine Einwände zu der jetzt vorgeschlagenen TO gab, wurde diese so beschlossen, dass TOP 5 und 6 vor TOP 4 behandelt werden. Der TOP 7 wird zurückgezogen.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 13. Mai 2004**

Wortprotokoll:

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 **Informationen zur "Kinderstadt"** **Berichterstattung: Frau Eckloff - Thalia Theater**

Wortprotokoll:

Frau Eckloff vom Thalia Theater informierte den Jugendhilfeausschuss über den Stand „Kinderstadt“. Die Kinderstadt heißt „Halle an Salle“ Sie teilte mit, dass ca. 30 Kinder täglich sich an den Vorbereitungen zur Kinderstadt beteiligt haben, um diese mitzugestalten.

Sie erwähnte positiv die Stadt, Institutionen und Freie Träger welche bei den Vorbereitungen und der Durchführung der Kinderstadt mit helfen. Es haben sich ca. 1.200 Kinder für die Teilnahme in der Kinderstadt angemeldet. Die Eröffnung ist am 11.06.04 um 10.00 Uhr . Die Durchführung wurde bewusst auf 3 Wochen Schulzeit und 2 Wochen Ferien gelegt.

Anfrage Ute Haupt, ob an die Erfahrungen der Vergangenheit angeknüpft wird.

Frau Eckloff antwortete, dass diese mit berücksichtigt wurden und einige Ideen sich wiederholen, dies hat auch einen Wiedererkennungswert für die Kinder.

Anfrage Frau Fischer, ob es sich bei dem erwähnten Kinderrat in der Kinderstadt um den der Stadt handelt oder hier ein eigenständiger Kinderrat der Kinderstadt gemeint ist.

Frau Eckloff antwortete, dass es sich um den Kinderrat der Kinderstadt handelt.

Frau Szabados erwähnte, dass die Vorbereitungen zur Kinderstadt verwaltungsintern sehr gut gelaufen sind. Die Koordination lief netzwerkverbunden sehr gut. Jugendhilfe und Kultur haben hier in einer guten Kooperation zusammengearbeitet.

Frau Eckloff informierte, dass am Sonntag, dem 13.06.04 „Tag der offenen Tür“ mit Führung der Erwachsenen ¼ stdl. ist.
Die Währungseinheit sind wieder die Hallörchen. Alte Münzen werden zum Kurs 1:10 umgetauscht.

Anfrage durch Herrn Godenrath, ob die Kinder Eintritt zahlen müssen.

Frau Eckloff antwortete, dass täglich pro Kind 3 € Eintritt erhoben werden. Das Visa der Erwachsenen an der Stadtführung beträgt ebenfalls 3 €.

**zu 5 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der
Jugendschöffinnen und Jugendschöffen
für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle-Saalkreis und des
Landgerichts Halle für die Amtsperiode 01.01.2005 bis 31.12.2008
Vorlage: III/2004/04186**

Wortprotokoll:

Herr Rochau sprach an, dass die Stadt Halle aller 4 Jahre aufgefordert wird, geeignete Personen für das Ehrenamt einer Jugendschöffin/Jugendschöffen zu werben und dem Jugendschöffenwahlausschuss diese vorzuschlagen. Es wurden insgesamt 238 Personen in die Vorschlagslisten aufgenommen, welche heute dem Ausschuss vorliegen. Der Jugendhilfeausschuss stimmt heute über die Vorschlagslisten ab, welche dann fristgerecht vom 12.07.04 bis 20.07.04 öffentlich im Fachbereich für Jedermanns Einsichtnahme ausliegen.

Die Einspruchsfrist läuft vom 20.07. – 27.07.04. Anschließend werden die Vorschlagslisten einschließlich eingegangener Einsprüche an den Jugendschöffenwahlausschuss weitergeleitet. Dieser wählt dann die erforderliche Personenanzahl für die Jugendschöffentätigkeit.

Herr Rochau dankte für die Unterstützung bei der Werbung für das Ehrenamt . Insbesondere erwähnte er hierbei den Bereich Schule am Landesverwaltungsamt, durch deren Unterstützung die erforderliche Anzahl an Personen letztendlich noch erreicht werden konnte.

Er sprach an, dass Seite 18 als Austauschblatt jedem Mitglied vorliegt. In der versendeten Vorlage sind irrtümlich zwei Personen doppelt auf S. 18, männliche Liste, aufgeführt worden. Dies wurde korrigiert und liegt jetzt korrekt vor. Er bat dies zu entschuldigen.

Durch Herrn Sarunzki wurde angesprochen, dass vom Gesetzgeber gewollt ist, dass die gleiche Anzahl an männlichen und weiblichen Bewerbern vorgeschlagen wird, da bei den Verhandlungen jeweils ein weiblicher und ein männlicher Beisitzer anwesend sein müssen.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es Wortmeldungen zu den Vorschlagslisten gibt. Da dies nicht der Fall war, kam es zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen:	12
Ablehnungen:	0
Enthaltungen:	0

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss schlägt dem Jugendschöffenwahlausschuss gemäß § 40 Gerichtsverfassungsgesetz vom 09.05.1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert am 25.08.1998, die in der Anlage beigefügte Vorschlagsliste von Jugendschöffeninnen und Jugendschöffen vor.

Hier: Vorschlagsliste der Jugendschöffeninnen und Jugendschöffen

zu 6 Übertragung der Jugendfreizeiteinrichtung "Wasserturm" an den Caritas-Verband für die Stadt und das Dekanat Halle e.V. Vorlage: III/2004/04187

Wortprotokoll:

Frau Szabados sprach an, dass es einen Beschluss des Stadtrates vom 26.11.2003 zur Übertragung der JFE „Wasserturm“ an einen freien Träger der Jugendhilfe gibt. Die JFE „Wasserturm“ wird für eine Übertragung an den Caritas Verband i.V. der Kooperation mit dem Spicker e.V. vorgeschlagen. Die Übertragung soll bis spätestens zum 01.01.2005 umgesetzt werden.

Frau Wolff informierte darüber, dass im Unterausschuss sich beide Träger vorgestellt haben. Der UA Jugendhilfeplanung hat sich intensiv damit beschäftigt und trägt die Entscheidung der Verwaltung mit.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es Wortmeldungen zum TOP gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde über den Vorschlag abgestimmt. Herr Weber beteiligte sich nicht am Abstimmungsverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen:	9
Ablehnungen:	0
Enthaltungen:	2

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrstimmig zugestimmt.

Beschluss:

1. Unter der Maßgabe einer Kooperation mit dem Spicker e.V. beschließt der Jugendhilfeausschuss die Übertragung der Jugendfreizeiteinrichtung „Wasserturm“ an den Caritas Verband Halle (Saale).
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Übertragung der Jugendfreizeiteinrichtung „Wasserturm“ an den Caritas-Verband Halle (Saale) spätestens zum 01.01.2005 umzusetzen.

**zu 7 Förderung der freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2004
Aufstockung des Projektbudgets
Vorlagen-Nr.: III/2004/04211**

Wortprotokoll:

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung genommen (siehe TOP 2).

**zu 8 Informationen zu Public Privat Partnership
Mündliche Berichterstattung**

Wortprotokoll:

Frau Szabados informierte, dass die Stadt hierzu zwei Anträge eingereicht hat. Es geht um die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen. Die Federführung für die landesweite Beteiligung liegt bei dem Staatssekretär für Finanzwesen, Herrn Köhler. Es gab bereits mehrere Beratungen dazu, es sind Wirtschaftlichkeitsvergleiche notwendig. Diese Vergleiche sind mit dem entsprechendem Aufwand notwendig. Deshalb wurde beim Ministerium für Finanzen ein Pilotprojekt aufgelegt. Es gibt Absprachen zwischen Magdeburg, Anhalt-Zerbst und Halle. Die Bewilligungsanträge müssen beim Bund beantragt werden. Die Bewerbung läuft.

Die Stadt will versuchen, neue Wege zu gehen, um wichtige Sanierungen vorantreiben zu können. Frau Waldt, Frau von Nievenheim, Herr Hildebrandt haben mit Unterstützung des Netzwerkes 3P Beraterverband Mitteldeutschland in Person des Wirtschaftsprüfers, Herrn Rauschenbach hier zusammengearbeitet.

Frau Dr. Bergner fragte nach dem Summenvolumen.

Frau Szabados antwortete, dass 2 Projekte von Halle dabei sind, 10 Schulen stehen zur Debatte und 9 KITA-standorte.

Frau von Nievenheim teilte mit, dass die Gespräche laufen. Das Ergebnis, welche Einrichtungen dann einbezogen werden können, hängt von der Wirtschaftlichkeitsprüfung ab.

Anfrage Frau Fischer, wie die Finanzierung bei einem positivem Bescheid erfolgt.

Frau Szabados antwortete, dass dies eine private Investition ist, die die Stadt über Mieten/Pachten finanziert. Wenn PPP-Projekt anläuft, sollen auch die Fördermittel des Landes eingebunden werden, die es zum Beispiel für die Kita´s gibt.

Anfrage Dr. Meerheim, wenn eine private Finanzierung erfolgt, dann gibt es demzufolge auch keine öffentliche Ausschreibung.

Frau Szabados antwortete, dass es auf jeden Fall preiswerter über eine Privatfinanzierung ist als wenn Stadt alles finanzieren müsste.

Frau von Nievenheim antwortete, dass die Durchführung der Investition trotzdem europaweit ausgeschrieben wird, also in dem Fall die Bauleistungen und die anschließende Bewirtschaftung.

Anfrage durch Herrn Paul, ob es Bewertungskriterien gibt.

Frau Szabados antwortete, dass eine Checkliste existiert, danach werden verschiedene Sachen u.a. auch Referenzen geprüft. Jetzt muss durch uns erst der Nachweis für die Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolgen.

Frau von Nievenheim erklärte, dass es sehr vielfältige Vorgaben aus einem Bundesgutachten gibt, die zu erfüllen sind. Die Banken wollen zudem auch Sicherheiten, dementsprechend ist das Prüfverfahren aufgebaut. Die Kommunen haben die fachlichen Voraussetzungen nicht, deshalb unterstützen hier Land und Bund.

zu 9 Informationsvorlage zum "Projekt Lernvilla" Vorlage: III/2004/04206

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt fragte, ob es Anfragen zur Vorlage gibt.

Frau Ute Haupt fragte an, wie die zeitliche Umsetzung des Projektes erfolgen soll.

Frau von Nievenheim antwortete, dass jetzt der Erbbaupachtvertrag vorbereitet wird. Wenn dies klar ist, dann können die Maßnahmen beginnen. Sie hofft, dass dies bis Anfang 2005 fertig ist.

Frau Ute Haupt fragte, welche Konsequenzen dies jetzt für den Bedarfs- und Entwicklungsplan KITA habe.

Frau von Nievenheim teilte mit, dass Absprachen mit Träger getroffen wurden, dass für die übergehenden Plätze dann eine Übernahme des Personals dann erfolgt.

Frau Szabados sprach an, dass dies der erste Betriebskindergarten in der Stadt wird, der sich hier etabliert. Die Kliniken haben Interesse, ihre Einrichtungen in der Nähe zu haben. Auch in Kröllwitz laufen entsprechende Bemühungen, die durch die Stadt unterstützt werden.

Anfrage durch Herrn Godenrath, dass in der Vergangenheit doch schon mal ein Betriebskindergarten der Polizei entstehen sollte.

Frau Szabados sprach an, dass sich diese Idee dann wieder zerschlagen hatte und das Projekt nicht zustande kam.

zu 10 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll:

Es lagen keine Anträge vor.

zu 11 **Anfragen von Stadträten**

Wortprotokoll:

Anfrage durch Frau Ute Haupt zum Stand der KITA-angelegenheit Käthe Duncker. Damals hatte ein Elternvertreter im Ausschuss die Problematik angesprochen.

Frau Szabados stellte den Sachverhalt nochmals dar.

Ende 2003 sollte der Einzug in die Einrichtung planmäßig sein. Auf Grund von Problemen mit dem Fußbodenleger wurde dies verschoben. Vor Abnahme der KITA wurden Risse festgestellt. ZGM meinte, dass dies nur Trockenrisse sind, was kein weiteres Problem darstellen würde. Sie wollte dies im Interesse der Sicherheit der Kinder schriftlich haben, dass nichts mit der Statik ist. Dies hat sie nicht bekommen und demzufolge konnte sie dem Einzug nicht zustimmen. Die Eltern wurden über die Trockenrisse über ZGM informiert. Die Möbel waren unterwegs und mussten ins Objekt gestellt werden. Es wurde ein Gutachten angefertigt, welches dann besagte, dass statische Probleme vorliegen. Dieses Gutachten wurde vom Statiker nicht anerkannt sondern dieser hat ein Gegengutachten vorgelegt. Es konnte leider keine Verständigung erfolgen. Demzufolge wurde nun beim Gericht ein Beweissicherungsverfahren beantragt und das wird nun auch eingeleitet. Dieses zieht sich aber zeitlich sicher hin, da dann die Gegenseite wieder Stellungnahmen abgeben muss. Jetzt läuft dieses Verfahren. Erst wenn die Beweise klar vorliegen, kann die Stadt die Mängel beseitigen lassen und dann kann erst der Einzug erfolgen.

Die Verwaltung ist über einen Elternsprecher verärgert. Herr Schade war im Jugendhilfeausschuss und im Vergabeausschuss, mehr Informationen sind nicht möglich. Die Kinder sind in einer Einrichtung untergebracht.

Frau Schubert sprach an, dass sie die Verärgerung der Eltern nachvollziehen kann. Wenn der Umzugstermin bekannt gegeben wurde und diese extra Urlaub genommen hatten.

Frau von Nievenheim teilte mit, dass der Umzug für einen Samstag vorgesehen war. Die Eltern hatten sich dafür angeboten, was natürlich dankbar angenommen wurde.

Frau Szabados verwies darauf, dass durch die Elternvertreter jetzt eine Website zu dieser Problematik ins Netz gestellt wurde, auf der die Stadt negativ dargestellt wird. Mehr als bisher kann an Informationen nicht gegeben und der Einzugs-Termin noch nicht benannt werden. Seit die Vorwürfe so massiv herangetragen wurden, werden alle Festlegungen protokollarisch aufgenommen. Die Elternvertreter werden nochmals einen Brief zum jetzigen Stand erhalten. Nach wie vor ohne Terminbenennung.

Weitere Anfragen:

Frau Hanna Haupt fragte zum Spielplatz an der KITA im Südpark an, da sich ein Elternteil an sie gewandt hatte.

Frau von Nievenheim antwortete, dass es sich um die KITA „Peter Pan“ handelt und „Maxel“, welches eine Doppeleinrichtung ist. Diese KITA hat die größte Außenanlage. Für eine Einrichtung wurden aus TÜV-sicht die Spielgeräte abgebaut. Die große Außenanlage mit den Spielgeräten kann aber von beiden Einrichtungen gemeinsam genutzt werden, was aber offensichtlich ein Problem für Eltern und Erzieher darstellt.

Sie sicherte zu, bei Aufgabe der KITA „Däumling“ prüfen zu lassen, ob deren Spielgeräte dann der o.g. Einrichtung zur Verfügung gestellt werden können.

zu 12 Anregungen

Wortprotokoll:

Frau Ute Haupt regte an, dass sich die Puppenspielerin Frau Häfken mit ihrem Projekt mal in einer Sitzung des Ausschusses im Herbst vorstellen kann.

Weiterhin **regte Frau Ute Haupt an**, dass der Stand der Zusammenarbeit in den einzelnen Sozialräumen auch in einer Sitzung mitgeteilt werden sollte.

Die Verwaltung sicherte dies zu.

zu 13 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Frau Szabados informierte darüber, dass Herr Dr. Marquardt in der letzten Stadtratssitzung über den Stand des Auswertungsgespräches im Kultusministerium LSA zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (Ganztagsschulförderung) informiert hat.

Das Ministerium hat entgegen der vorgeschlagenen Prioritäten der Stadt hinsichtlich der Sekundarschule Wittekind anders entschieden. In die Priorität kam die Grundschule Johannesschule. Nähere Informationen hat sie bisher leider nicht dazu.

Frau Dr. Bergner verwies darauf, dass sie dazu im Stadtrat eine mündliche Anfrage gestellt hat. Sie hat heute Rücksprache mit dem Kultusministerium genommen. Es wurde ihr mitgeteilt, dass es durch die Stadt bisher keine Anfrage dazu gab. Sondern ein Dankschreiben der OB vorliegt, dass diese Standorte eine Förderung erfahren. Sie verwies darauf, dass es Zusagen für die Sekundarschule Wittekind von Seiten der Stadt gab, die eingehalten werden sollten. Sie hat nichts gegen die Johannesschule. Aber hier ist eine Klärung erforderlich.

Frau Szabados sicherte zu, sich mit dem Kultusministerium in Verbindung zu setzen.

Frau von Nievenheim wies darauf hin, dass Herr Hildebrandt sich mit Herrn Klieme im Ministerium mehrfach in Verbindung gesetzt hat, um eine Klärung zu erreichen. Leider ergebnislos.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Kaupke

Protokollantin